

1931  
EL  
ch  
akes  
n  
reicht  
er inkl.  
steuer.  
steuer.  
rkplatz.  
au  
Sonntag  
obes  
-Essen  
160  
1b  
50 Pfg.  
Welt!  
Karl  
ritz  
Ball!  
fidell  
EIN  
u. A. H.  
RM. 1,20  
en bei  
1933  
riest. 6  
tung  
Schicht in  
Werk von  
Gest. D. G.  
Einwickel  
der folgende  
August 1931  
wahl unter  
eilt vorher  
bei werden.  
August 1931.  
lyner.  
hester  
inand Bosa  
supptmann  
Köpenick  
a Märchen  
uckmayer  
Griebel  
R. Pirk  
Marland  
Roma  
aterConrad  
er Käse  
Bechmann  
Merlens  
Löpke  
Keller-Nebel  
Pausen  
er Käse  
B. Pirk  
11 Uhr  
6221-6280  
1101-1190  
ckmann von  
ick.  
ndie  
Gebühr in  
Lilien  
von Hoff  
ward  
Schabert  
Kaisers  
Lilien  
Jerra  
nn Gebhne  
1 Uhr  
6251-6280  
1101-1190  
Lilien  
hester  
Flücher in  
haben  
garn  
von Fr.  
erst Bach  
Ridegans  
Lilien Kollo  
Tautz  
Cahen  
Schwind  
Flücher  
Tubay  
Fiedler  
Schlott  
Slegert  
Feldmeier  
Friedrich  
1 Uhr  
6251-6280  
1101-1190  
Lilien  
eckhonnell.  
ntlicher.  
Hauptgen  
le, Streib.  
19 des  
Angela  
schreiben  
betrimme  
i gefirret.  
gegenblatt  
sellen  
Anzugeben  
Der Name  
streiben.

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruckerei: Kallenberg Dresden  
Verlagsnummer: 22241  
Nr. 12, Kallenbergstraße, Nr. 20011  
Schulzeitung u. Druckerei: Kallenberg  
Dresden - U. 1, Kallenbergstraße 22/23

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 2,40 Mk. (einschließlich 20 Pfg. für  
Trägersteuer), durch Postweg 2,40 Mk. einschließlich 20 Pfg. Postgebühr (ohne Veranlagungsgebühr)  
bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 15 Pfg., außerorts 20 Pfg. Anzeigen-  
preise: Die einseitige 20 mm breite Zeile 25 Pfg., für außerorts 40 Pfg., Familienanzeigen und  
Schlagzeile ohne Rabatt 15 Pfg., außerorts 20 Pfg., die 20 mm breite Kellergewerbe 200 Pfg.,  
außerorts 250 Pfg., Kleinquartier 20 Pfg., Kollisionsgebühren gegen Veranlagungsbescheid

Druck u. Verlag: Kallenberg & Kallenberg,  
Dresden, Kallenberg-Str. 1008 Dresden  
Nachdruck nur mit schriftl. Quellenangabe  
(Dresden, Kallenberg-Str. 1008). Unterbesagte  
Schlagzeile werden nicht ausbezahlt

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

## Auftakt zur Genfer Völkerbundstagung

### Abreise der deutschen Delegation

Berlin, 29. August. Die deutsche Abordnung für die Genfer Völkerbundstagung wird unter Führung des Reichsaussenministers Dr. Curtius am Sonnabendmorgen um 4,20 Uhr von Berlin nach Genf abreisen. Wie wir erfahren, wird die deutsche Delegation für Genf diesmal umfangreicher sein als bei den gewöhnlichen Ratstagungen. Das hat seinen Grund darin, daß es sich diesmal um vier Tagungen handelt, nämlich um die 12. Bundesversammlung, die 84. Ratstagung, die vor der Bundesversammlung, und die 85. Ratstagung, die nach der Bundesversammlung stattfindet. Dazu kommen dann noch die Sitzungen des Europa-Komitees.

### Nationalitätenkongress in Genf

Genf, 29. August. Der 7. europäische Nationalitätenkongress wurde heute von dem Vorsitzenden Willan eröffnet. Bei der Aufzählung der auf dem Kongress vertretenen Volksgruppen wurde besonders die stark erscheinende Delegation der Katalanen aus Spanien von der Vermittlung herab begrüßt. Willan leitete in seiner längeren Rede die Aufmerksamkeit auf die dem Kongress in Buchform vorliegende Sammlung von Verträgen über die Lage von 40 Nationalitäten, die 14 Völkern und 14 europäischen Staaten angeht. Es handelt sich hier um den ersten Versuch, die große Mehrheit aller europäischen Nationalitäten in einer gemeinsamen Publikation zu Wort kommen zu lassen. Der Vorsitzende erklärte, diese Veröffentlichung lege den Finger auf die Wunde des Nationalitätenproblems. Sie zeige die Ver-

risienheit des heutigen Europa. Weiter gab der Redner der Erwartung Ausdruck, daß die Zeiten, in denen man im Völkerbund die Theorie der Assimilierung vertreten habe, für immer vorbei seien. Die zahlreiche Beteiligung am Kongress zeige den wahren Willen der Nationalitäten zur Selbstbehauptung. In der Eröffnungsrede gaben zwei Vertreter der Katalanen mehrere Erklärungen ab. Der deutschstämmige Staatssekretär für Arbeiterbeschäftigung im rumänischen Kabinett, Brandtsch, hat dem Kongress ein Begrüßungstelegramm geschickt.

### Die Verzögerung des Sanger Urteils

Nachgabe an den Völkerbund?

London, 29. Aug. Vertinax schreibt im „Daily Telegraph“ zur Verzögerung der Entscheidung des Sanger Schiedsgerichts über die Frage der deutsch-österreichischen Zollunion, daß die Vorgänge bei dem Gerichtshof mit der größten Heftigkeit umgeben würden und daß es deshalb schwer sei, sich über die Auffassungen der einzelnen Richter ein Urteil bilden zu können. Aus dem bisherigen Gang der Ereignisse zu schließen, liege es durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß sich der Gerichtshof in der ganzen Frage für unabhängig erklären und die Angelegenheit an den Völkerbund zurückgeben werde.

### Falsche Gerüchte des „Matin“

Berlin, 29. August. Der „Matin“ behauptet, daß die österreichische Regierung von dem Zollunionplan zurückgetreten sei, und dies der deutschen Regierung mitgeteilt habe. Von unrichtiger Seite wird dazu erklärt, daß an diesen Behauptungen kein wahres Wort ist.

### Volk im Dienst

Der Reichskanzler hat vor einiger Zeit den kommenden Winter als den schwersten seit hundert Jahren bezeichnet. Er hat die Befürchtung ausgesprochen, daß wir wahrscheinlich mit einer Erwerbslosenzahl von sieben Millionen zu rechnen haben werden. Im letzten Winter waren es fünf Millionen arbeitsfähiger Menschen, deren Kräfte brachlagen. Eine ungeheure Zahl, die von einsichtigen Kreisen der Wirtschaft bereits im Sommer 1930 vorausgesehen wurde. Als man damals die Regierung aufmerksam machte, daß nur einschneidende Taten uns vor dieser gefährlichen Armee des Elends bewahren könnten, hat der Reichsfinanzminister Dr. Dietrich in den schärfsten Worten gelabelt, wie man eine so phantastische Zahl auch nur in den Mund nehmen könne. Er hat das, was die wirtschaftliche Entwicklung vorausgesehen, als verantwortungslosen Unfug zu Brandmarken versucht. Heute ist diese fünf-Millionen-Zahl längst Gewohnung geworden. Wir sind abgestumpft gegen das Elend, das sich dahinter verbirgt. Auch die amtlichen Stellen beschönigen nichts mehr. Der Reichskanzler selbst nennt die Zahl von sieben Millionen. Was heißt das? Nichts anderes, als daß auf zwei noch in Arbeit und Brot befindliche Menschen ein Erwerbsloser kommt, der von diesen unterhalten werden muß. Das bedeutet weite Kreisläufe des Arbeitsvertrages auch für diejenigen, die noch in den Produktionsprozess eingegliedert sind. Neue gewaltige soziale Belastungen sind unvermeidlich, soll das Ende nicht der Zusammenbruch der Staatsfinanzen sein. Neben der finanziellen Seite steht die politische. Das Elend der Massen hat ihre Bolschewisierung unvermeidlich zur Folge. Die Morbiden der kommunistischen Terrororganisationen sind die ersten unheilvollen Flammenzeichen. Hunger und Kälte rauben auch vernünftigen Menschen die Besinnung und lassen sie leichte Opfer einer gewissenlosen Agitation werden. Je geringer die Fürsorgeleistungen werden, die die zusammenbrechenden Gemeinden aufbringen können, um so größer muß die Erfüllung der Unterstützten werden, um so leichter die Arbeit der Sendboten Wostan's. Zur materiellen Not der arbeitslosen Massen kommt die seelische hinzu. Menschen, die oft schon seit Jahren jeder geregelt Tätigkeit entzogen sind, werden, je länger dieser Zustand dauert, um so unfähiger, sich bei etwa besserer Konjunktur wieder in einen geordneten Arbeitsprozess einzureihen und den Anforderungen unseres modernen Produktionsstempos anzupassen. Auch die seelischen und geistigen Kräfte unseres Volkes rosten im germärenden Nichtstun. Eine Jugend wächst heran, die Arbeit nie gekannt hat und die, von nihilistischen Gedanken beerricht, die Reservearmee des Verbrechertums wird. Die Häufung der Raubüberfälle und sonstiger schwerer Verbrechen sollten uns zu denken geben.

Wahrhaftig, die Not unseres Volkes ist eine außer-gewöhnliche, und sie erfordert außergewöhnliche Maßnahmen. In der Verfassung von Weimar ist im Artikel 103 das Recht jedes Deutschen auf Arbeit festgelegt. Er findet seine Ergänzung in dem Artikel 133, der die Arbeit zur Pflicht jedes Deutschen erhebt. Seit Jahren wird deshalb von einsichtigen Kreisen dem Volke die Pflichtarbeit, die Arbeitsdienstpfllicht, als rettender Weg gewiesen. Ein Gedanke, der durch einfachen Mehrheitsbeschluß des Reichstages in die Tat umgesetzt werden könnte, weil die verfassungsmäßigen Voraussetzungen ja bereits gegeben sind, der aber ungeachtet der brennenden Not bis zum heutigen Tage von einsichtigen, namentlich den sozialistischen, Organisationen sabotiert wird. Es ist deshalb sehr verdienstvoll, daß einer der ältesten Kämpfer des Arbeitsdienstpflichtgedankens, der frühere sächsische Wirtschaftsminister Dr. Wilhelm, in seinem soeben erschienenen Buche „Volk im Dienst“ sich eingehend mit diesem immer dringender werdenden Problem erneut in der gründlichsten Weise auseinandersetzt. Besonders eingehend beweist der Verfasser die Haltlosigkeit der vielen Bedenken gegen den deutschen Arbeitsdienst.

Bekanntlich hat sich die Regierung im vorigen Winter schon einmal auf Drängen der nationalen Parteien und Verbände mit der Arbeitsdienstpfllicht, die an dieser Stelle schon seit Jahren gefordert wurde, befaßt. Der Ausschuß, der sich zum größten Teil aus Gewerkschaftsvertretern zusammensetzte, kam — mer hätte es auch anders erwartet — zur Ablehnung. Die Begründung war paradox: Deutschland leide an Überproduktion, also an einem Warenüberfluß. Hieraus zog man den Schluß, wir hätten schon ohne Arbeitsdienst zuviel Arbeitskräfte. In Wirklichkeit stellt diese Behauptung jedoch die Dinge auf den Kopf. Schon die Behauptung von der Überproduktion beruht auf einem groben Mißverständnis. Wir haben im Gegenteil Warenmangel.

\*) Staatsminister a. D. Dr. Wilhelm: „Volk im Dienst.“ Wesen und Wirkung der Allgemeinen Arbeitspflicht. Ein deutscher Sieben-Tage-Plan. (Paul-List-Verlag, Leipzig.)

## Hauptversammlung der Dresdner Bank

### Starke Beteiligung der Aktionäre

Die mit Spannung erwartete Hauptversammlung der Dresdner Bank, in der durch die Stammaktionäre die Beteiligung des Reiches durch Übernahme von 800 Millionen Reichsmark neuanschaffender Vorzugsaktien sanktioniert werden soll, wurde am Sonnabendmorgen kurz nach 11 Uhr durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Bankier Fritz Andrae, eröffnet. Nach Beilegung der Tagesordnung betonte Bankier Andrae in einem Rückblick auf die Geschicke der letzten Wochen, die Dresdner Bank sei allen Anforderungen, die an sie in der Krise herantraten, gerecht geworden. Die Reichsregierung habe der Dresdner Bank ein neues Kapital von 800 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Dieser Entschluß wirkte so überzeugend, daß die Dresdner Bank das Kapital vorläufig nicht stütze zu machen brauchte. Durch das Eintreten des Reiches sei der Bank ein großer Dienst geleistet worden, der auch den Stammaktionären zugute komme. Die Bank werde, das sei auch der Wille der Reichsregierung, in streng privatrechtlichem Sinne weitergeführt werden. Den ausführlichen Bericht finden unsere Leser auf Seite 10 im Handelsteil dieses Blattes.

### Die Sachverständigen gegen die Bankenaufsicht

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung  
Berlin, 29. August. Der Wirtschaftsausschuß des Kabinetts trat heute vormittag erneut zur Beratung der Bankensprobleme zusammen. Die Beratung wurde nach einiger Zeit wieder abgebrochen, offenbar weil man erst einmal die Entscheidungen der heute in Dresden stattfindenden Generalversammlung der Dresdner Bank abwarten will. Es steht im Augenblick auch noch nicht fest, wann der Wirtschaftsausschuß des Kabinetts sich erneut mit den Fragen der Bankenaufsicht und der personellen Veränderung in den leitenden Stellen der Banken befassen wird. Wie man hört, ist es zutreffend, daß von dem neun Sachverständigen, die der Wirtschaftsausschuß in seiner letzten Sitzung gutachtlich geäußert hat, sich sieben gegen jede Bankenaufsicht aussprechen, weil dadurch nicht nur der privatwirtschaftliche Charakter des Bankensystems, sondern auch die Bewegungs- und Betätigungsmöglichkeiten der Banken auf das schwerste beeinträchtigt würden. Man wird, nachdem dieses interessante Detail bekanntgeworden ist, mit einigem Interesse den Beschlüssen des Reichskabinetts in den Bankfragen entgegensehen können.

## Tausend Schutzpolizisten säubern den Wedding

### Großrazzia gegen Berliner Kommunisten

Berlin, 29. August. Die Polizei hat in den heutigen Morgenstunden in Berlin erneut zu einem großen Schlag gegen die Kommunisten und ihre geheimen Schutzwinkel ausgeholt. In aller Frühe fand eine umfangreiche Razzia im Norden Berlins statt, und zwar in jenen Straßenzügen, die als Hauptquartier der kommunistischen Truppe wie auch des Verbrechertums gelten müssen. Die Aktion begann gegen 4 Uhr morgens und dauerte zur Zeit noch an. Ganze Straßenzüge wurden von Hunderten von Schutzpolizisten abgeriegelt, Häuserblocks umstellt und vom Keller bis zum Dach in allen Winkeln durchsucht.

Bis zur Mittagsstunde wurden 50 Festnahmen verfligt. Die Waffensuche fand nicht unerheblich. Insgesamt wurden 15 Pistolen, mehrere Trommelrevolver, Seltenengewehre, Dolche, Karabiner, eine große Menge Munition und zahlreiche sonstige Gegenstände und Stilmittel beschlagnahmt. Vier Personen wurden wegen Widerstandes gegen die Staats-

gewalt verhaftet. Die übrigen Festnahmen erfolgten, weil sich die betreffenden Personen nicht auszuweisen vermochten. An der Razzia nahmen tausend Schutzpolizisten teil. Selbst in maßgebenden Dienststellen war die Razzia bis zum letzten Augenblick geheimgehalten worden. Erst nach Mitternacht wurden die Schutzmannschaften alarmiert, und im Morgenrot wurden die Polizeigebäude und Wagen des Ueberfallkommandos, dicht mit Mannschaften besetzt, durch die leeren Straßen des Berliner Nordens und Ostens. Durchsucht wurden die Köpenicker Straße, die Ullrichstraße am Wedding, die Vintinerstraße in der Nähe des Köpenicker Platzes, die Häuserblocks zwischen Warschauer- und Krautstraße und die Roskitzerstraße im Südosten der Stadt.

### Sausuchungen auch in Düsseldorf

Düsseldorf, 29. August. Die Geschäftsräume der KPD und ihrer Nebenorganisationen wurden heute vormittag gegen 11 Uhr nach verbotenen Druckschriften durchsucht. Eine große Anzahl von Flugblättern und Broschüren wurde polizeilich beschlagnahmt und eingezogen.